

**Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
anlässlich der Festveranstaltung**

**„50 Jahre Sachverständigenrat 1963–2013“  
20. Februar 2013  
KfW Niederlassung Berlin**

Sehr geehrter Herr Prof. Franz,  
sehr geehrte Mitglieder des Sachverständigenrates,  
sehr geehrter Herr Dr. Schröder,  
sehr geehrte Staatssekretäre,  
sehr geehrte Vertreter der Gesellschaft und ehemalige Mitglieder des Sachverständigenrates,

auch ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu dieser Festveranstaltung und nehme, Herr Dr. Schröder, gerne die Gelegenheit wahr, an diesem wunderbaren Ort hier einige Ausführungen machen zu dürfen. Der Sachverständigenrat ist ja in der Auswahl seiner Lokalitäten stilsicher. Er hat auch diese, wie ich finde, gut ausgesucht; obwohl ich nicht weiß, ob er auf mein Lob angewiesen ist.

Der Ökonom Friedrich August von Hayek vertrat die Überzeugung: „Freiheit ist wesentlich, um Raum für das Unvorhergesehene und Unvoraussagbare zu lassen.“ Wir wissen, dass sich nicht alles vorhersehen und vorausplanen lässt. Deshalb ist Freiheit eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Unternehmen geeignete Investitionsmöglichkeiten finden und geeignete Möglichkeiten, um ihre Ideen für Produktionen und Dienstleistungen sozusagen zu realisieren. Freiheit lässt Menschen eine Wahl, ihren Beruf nach eigenen Vorstellungen zu wählen und auszuführen. Sie lässt Unternehmer etwas unternehmen, das nicht schon vorgeschrieben ist. Freiheit ist eine der Grundlagen, um vielfältige Bedürfnisse in einer Gesellschaft befriedigen zu können. Deshalb ist Freiheit auch Motor für Innovation und Fortschritt.

Aber wenn man fragt, was das für eine Freiheit ist, dann sind wir uns, glaube ich, in diesem Raum alle einig, dass Freiheit nicht Freiheit von etwas, sondern Freiheit zu etwas ist, und zwar insbesondere Freiheit zur Übernahme von Verantwortung. Darin drückt sich auch das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft aus. Der Sachverständigenrat, dessen 50. Geburtstag wir heute feiern – herzlichen Glückwunsch –, ist der Sozialen Marktwirtschaft, diesem Verständnis von Freiheit und Verantwortung, das durchaus auch ein Spannungsverhältnis birgt, verpflichtet. Er ist den Zielen des sogenannten magischen Vierecks – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wachstum – verpflichtet. Mit Recht heißt dieses Viereck „magisch“, was darauf hindeutet, dass es selten in höchster Vollkommenheit vorhanden ist. Man hat mit der Bezeichnung des Vierecks hinreichend Raum für die Winkelverteilung in diesem Viereck gelassen, die sich im Laufe der Zeit auch ein bisschen verschieben kann.

Um dem Ziel der Freiheit als Voraussetzung für die Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft hinreichend Raum zu geben, hat man sich – das war Ludwig Erhard – zur Schaffung eines Sachverständigenrates entschlossen. Bundeskanzler Konrad Adenauer soll ihn damals gewarnt haben: „Erhard, woll’n Sie sich ’ne Laus in’n Pelz setzen?“ Ich überlasse es einmal Ihrer freien In-

terpretation, wie wir Sie sehen. Heute ist man aus Respekt vor der Kreatur und aus Respekt vor Zuspitzungen in der Öffentlichkeit mit Tiervergleichen vorsichtiger. Ich lasse das einmal als historisches Unikat so stehen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit wissenschaftlicher Expertise überwog. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung – das wurde eben von Prof. Franz schon hervorgehoben – der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde 1963 per Gesetz ins Leben gerufen. Es gibt keine Änderungsvorschläge der derzeitigen Bundesregierung. Auch ist mir nichts davon bekannt, dass in Wahlprogrammen Veränderungen vorgesehen sind. Sie können also auch dem 60. Geburtstag ruhig entgegensehen.

Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, damals noch im Bundeswirtschaftsministerium tätig, hat die Intention so beschrieben: „Den im politischen Raum leider allzu oft lautstark vorgetragenen Partikularinteressen sollte ein neutraler Anwalt für das längerfristig angelegte Gemeinwohl gegenübergestellt werden; nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Inwieweit Sie nun stolz darauf wären, ein neutraler Anwalt zu sein – zumal mir auch aus Ihren Reihen durchaus zu Ohren kommt, dass es manchmal unterschiedliche Begutachtungen des gleichen realen Sachverhalts gibt –, sei Ihnen überlassen. Auf jeden Fall kann ich sagen: Dass in der Öffentlichkeit Partikularinteressen lautstark vorgetragen werden, ist in der Tat unumstritten. Das ist auch gut so.

Der Sachverständigenrat erweist sich als eine Art ordnungspolitisches Gewissen. Ich glaube, er ist dieser Verantwortung in den 50 Jahren immer wieder nachgekommen. Aus diesem ordnungspolitischen Gewissen als Grundverständnis ergibt sich natürlich auch ein Maß an Orientierungsmöglichkeit für Politik. Diese Orientierungsmöglichkeit nutzen wir mit kritischer Distanz, die Ihnen ja recht sein muss. Aber natürlich sind gerade die Vorstellungen der Jahresgutachten, der Zwischengutachten sowie die Treffen, die wir regelmäßig haben, wichtige Ereignisse für die betreffenden Ministerien und das Bundeskanzleramt. Wenn darüber geklagt wurde, dass man durch Vorgängerregierungen zu wenig Lob erfahren habe, will ich einfach sagen: Wir sind ja auch nur Menschen; da wir den ganzen Tag fleißig arbeiten, ist es schön, wenn mal einer sagt: Sie machen nicht alles falsch. Das will ich ausdrücklich sagen, obwohl wir gelernt haben, von Ihnen angefeuert zu werden und Ihre kritischen Bemerkungen auch so zu verstehen.

Ob in der Politik, in Wirtschaftsverbänden oder in der Wissenschaft – Ihr Wort hat weit über die jeweilige Bundesregierung hinaus Gewicht. Deshalb ist es auch interessant, dass Sie im Anschluss an die Vorstellung Ihrer Gutachten bei uns zum Beispiel auch der Kreditanstalt für Wiederaufbau und vielen anderen Rede und Antwort stehen. Besonderes Interesse findet immer die Konjunkturprognose. Der Sachverständigenrat weiß allerdings um die eigenen Grenzen, die einfach in der Realität liegen. Das erste Jahresgutachten 1964 hat dazu gesagt: „Entgegen manchen Vorstellungen, die da und dort bestehen mögen, kann man nicht erwarten, dass irgendjemand – auch nicht ein Gremium – in der Lage ist, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusehen.“ Damit haben Sie sich sozusagen schon zu Beginn einer Selbstbeschränkung unterworfen, die weise ist.

Ich glaube, durch die zunehmende Globalisierung haben sich die Prognosemöglichkeiten noch weiter erschwert. Wir haben es mit komplexen Systemen zu tun. Die Frage, ob Sie alle überzeugt sind, dass die Wirtschaftswissenschaften schon das ausreichende Instrumentarium bieten, um Prognosen so gut wie möglich zu machen, kenne ich gar nicht. Ich habe den Eindruck, dass man heute sozusagen mit deterministischen Systemen nicht mehr sehr weit kommt und ein kleines chaotisches Element in die statistischen Forschungen mit einbeziehen sollte. Aber jetzt begeben Sie sich auf Gebiete, von denen ich nichts mehr verstehe. Allerdings muss die Erwartung an die Prognosen, was ihre qualitative Richtigkeit betrifft, so sein, dass Krisen nicht ungefähr hundertmal so häufig auftreten dürfen, wie sie in den theoretischen Modellen auftreten können. Ich würde sagen, dass daran zum Teil in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen noch gearbeitet werden muss. Die Bundesrepublik ist dagegen ein verträgliches Untersegment ihrer Prognosewirklichkeit und insofern leichter zu handhaben.

Der Sachverständigenrat hat sich immer auch den zunehmenden Auswirkungen der Weltwirtschaft auf Deutschland gewidmet und deshalb, weil ein Teil des magischen Vierecks auch die Leistungsbilanzungleichgewichte betrifft, immer auch die Verflechtung nach außen betrachtet. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir uns mit dieser Frage im Augenblick wieder sehr stark auseinandersetzen müssen. Sicherlich versuchen wir – das ist im Augenblick unsere Politik – durch eine Stimulierung der Binnennachfrage etwas dazu beizutragen, dass die Ungleichgewichte nicht überhandnehmen. Aber die entsprechende Belebung des Wachstums darf – das ist jedenfalls meine Überzeugung – nicht durch Verschuldung entstehen, wie schon in vielen Jahren geschehen, sondern muss an eine solide Finanzpolitik gekoppelt sein.

Wenn ich von einer soliden Finanzpolitik rede, dann hört sich das immer so an, als wenn wir jedes Jahr Schulden zurückzahlten. Das ist in Deutschland eher der Ausnahmefall. Das geschieht im Augenblick, glaube ich, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Bayern. Der Bund tut es nicht; und die anderen Bundesländer auch nicht. Das heißt, wir arbeiten eigentlich erst einmal auf einen Punkt hin, an dem wir lernen, mit dem, was wir haben, zu leben. Das wäre schon ein Riesenerfolg. Insofern sind unsere Möglichkeiten, Binnennachfrage zu stimulieren, natürlich begrenzt.

Wichtig ist auch, im europäischen Kontext die Frage zu stellen: Wie weit ist es in einem einheitlichen Währungsraum noch sinnvoll, Untersegmente zu nehmen und danach Ungleichgewichten zu fragen? Das ist natürlich so lange sinnvoll, wie ich politisch eigenständige Steuerungseinheiten habe. Aber die Tatsache einer gemeinsamen Währung verändert auch die Gesamtbetrachtung. Wenn ich mir die Ungleichgewichte zwischen Bayern und Mecklenburg-Vorpommern anschau, dann sind sie dramatischer als die Ungleichgewichte, die wir im Euroraum finden. Weiterhin ist wichtig, dass wir nicht vergessen, dass Ungleichgewichte auch ein Indiz für unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit sein können. Dieses Element darf man nicht ausblenden, denn ansonsten kommt man zu völlig falschen Schlussfolgerungen.

Diese Diskussion wird in Europa natürlich intensiv geführt. Meine tiefe Überzeugung ist, dass der Wohlstand der Europäischen Union und des Euroraums nur gewährleistet werden kann, wenn wir insgesamt weltwirtschaftlich wettbewerbsfähig sind. 90 Prozent des Wachstums der Welt finden

im Augenblick außerhalb der Europäischen Union statt; wahrscheinlich sind es noch mehr als 90 Prozent. Mit zunehmender Entwicklung der Schwellenländer verschieben sich die Wachstumsregionen. Wir müssen fähig sein, in diese Regionen zu exportieren. Das ist eigentlich die große Aufgabe, die hinter den Fragen der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und vielen anderen Zielen steht.

Sie haben sich als Sachverständigenrat immer für einen freien Handel, für freien Austausch, für das freie Kräftespiel entschieden. Deshalb glaube ich, dass für den Sachverständigenrat die Botschaft, dass wir vielleicht im transatlantischen Verhältnis zu mehr Freihandelsanstrengungen kommen, etwas ist, das den Vorstellungen des Sachverständigenrates entspricht. Es gibt leider einen Stillstand bei den Bemühungen um globale Handelsabkommen. Deutschland hat sich lange dagegen gesperrt, das zu akzeptieren. Aber wir müssen einfach sehen, dass wir bei der Doha-Runde nicht richtig weiterkommen.

Die Welt hat sich entschlossen, sich in einer Vielzahl von bilateralen Freihandelsabkommen zu organisieren. Da wäre natürlich die Frage eines transatlantischen Freihandelsabkommens eine gute Botschaft. Mit Kanada stehen wir kurz vor einem Abschluss, mit Zentralamerika haben wir solche Abkommen. Und Abkommen mit Peru und Kolumbien sind in der Ratifizierung. In Bezug auf Südkorea sehen wir, dass schon kurz nach der Ratifizierung eines solchen Abkommens dramatische Zuwächse im gegenseitigen Handel zu verbuchen sind. Es wäre dringend erforderlich, dass wir im asiatischen Raum auch weitere Abkommen zustande bringen, zumal China solche in der eigenen Region inzwischen hat und diese Handelsbeziehungen bevorzugt. Deshalb haben wir hier noch viel zu tun.

Ein zweiter Punkt, bei dem es im Augenblick im internationalen Austausch um fairen Wettbewerb geht, ist das Thema Wechselkurspolitik. Damit hat sich der Sachverständigenrat in seiner Geschichte oft beschäftigt. Inzwischen haben sich die Verhältnisse verändert. Durch die Einführung des Euro haben wir gewissermaßen völlig starre Wechselkurse in einem großen Teil der europäischen Mitgliedstaaten. Aber wir sehen, dass es auf der Welt immer wieder Anstrengungen gibt, durch bestimmte geldpolitische Maßnahmen Abwertungen der eigenen Währung und damit bessere Exportchancen zu kreieren. Wir sehen auch Sorgen und Ängste zum Beispiel in den südeuropäischen Ländern, die mit großer Kraftanstrengung ihre Lohnstückkosten gesenkt haben und jetzt sehen, dass dieser Vorteil unter bestimmten Bedingungen wie Schnee in der Sonne dahinschmelzen kann. Auf der anderen Seite muss man sagen: Eurokurse zwischen 1,30 und 1,40 Dollar gehören zur Normalität der Geschichte des Euro.

Wir setzen uns vonseiten der Bundesregierung dafür ein, dass es eine freie Entwicklung der Wechselkurse gibt. Aber wir setzen uns auch dafür ein, dass sich alle Teilnehmer daran halten müssen. Deshalb war die Erklärung der G20-Finanzminister ein wichtiges Signal. Wir haben ja bis September, bis das nächste G20-Treffen der Staats- und Regierungschefs stattfindet, Zeit, um zu schauen, ob sich alle ordentlich daran halten. Um hier jedem Missverständnis vorzubeugen: Wir jedenfalls halten nichts von einer aktiven Wechselkurspolitik.

So geht es also immer wieder um die Schaffung eines sinnvollen Ordnungsrahmens. Ich glaube, wir haben durchaus einige unterschiedliche Sichtweisen, auch im Rahmen der Bekämpfung der Eurokrise. Es gibt aber auch viele Gemeinsamkeiten. Sie haben, glaube ich, immer gesagt, dass sowohl der Fiskalvertrag als auch die Schaffung von Stabilitätsmechanismen vernünftig sind. Was den Schuldentilgungsfonds angeht, sind wir unterschiedlicher Meinung. Aber hier geht es im Grunde vor allen Dingen auch um die Frage: Wie schaffen wir es eigentlich – und da ist der Sachverständigenrat nicht dagegen –, mehr politische Verbindlichkeit in die europäische Diskussion zu bekommen?

Wir versuchen, bis Juni die wirtschaftspolitische Koordinierung verbindlicher zu machen. Wir versuchen, nicht nur die Fiskalpolitik verbindlicher zu machen, denn das allein wird für die Stabilität des Euro nicht ausreichen. Es ist natürlich wichtig, solide Haushalte zu haben. Aber solide Haushalte sind bestenfalls ein Teilstück des magischen Vierecks. Wir brauchen auch eine Übereinstimmung in der Art, wachstumsorientierte Politik zu gestalten, und in den Fragen: Was verstehen wir unter Ungleichgewichten? Wie schaffen wir Zukunftsinvestitionen? Wie gestalten wir die Struktur unserer Haushalte – wie viel wird konsumiert und wie viel wird investiert? Antworten wird man nicht durch neue Kompetenzen für die europäische Ebene finden, sondern das wird man durch Koordinierung der Mitgliedstaaten schaffen, die sich auf bestimmte Parameter verständigen, die für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind, wie zum Beispiel die Lohnstückkosten.

Meine Damen und Herren, Sie haben in den letzten Jahren genauso wie die Bundesregierung und wie wir alle sehr dramatische Zeiten erlebt – angefangen mit der internationalen Finanzkrise über die Wirtschaftskrise bis hin zu den Instabilitäten und dem mangelnden Vertrauen im Euroraum. Insofern müssten es für den jetzigen Sachverständigenrat eigentlich sehr interessante und spannende Zeiten sein. Wir sind dabei, Schritt für Schritt diese Probleme zu überwinden. Aber wir sehen, dass wir im Grunde in einer Welt leben, in der es bestimmte Phänomene gibt, die so weit globalisiert sind, dass wir auch auf politischer Ebene eine neue Form der Zusammenarbeit brauchen.

Wir haben internationale, globale Finanzmärkte. Das Gefühl wohl der meisten Menschen im Lande wie auch in ganz Europa und in weiten Teilen der Welt ist, dass es im Augenblick keine politische Kraft gibt, die einen Ordnungsrahmen für diese Finanzmärkte herstellen kann, der die Menschen nicht zu Getriebenen macht, sondern Leitplanken für diese Finanzmärkte setzt und Ungerechtigkeiten im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft vermeidet. Wie wir diesen globalen Ordnungsrahmen hinbekommen, wird eine der entscheidenden Fragen auch für die Akzeptanz von Politik sein. Das ist nicht Ihre Aufgabe; Sie sind der Begutachter. Aber wir haben im Grunde nicht die Verbindlichkeit globaler Institutionen, die wir an dieser Stelle bräuchten. Die G20 ist ein Versuch. Aber die G20 zeigte auch an vielen Stellen, dass, als die akute Gefahr kaum vorbei war, die Anstrengungen erheblich erlahmten. Wir sind jetzt, fünf Jahre nach Ausbruch der internationalen Finanzkrise, mit dem „Financial Stability Board“ vielleicht an der Stelle, an der wir Schattenbanken besser regulieren können. Wir sind bei den Banken eigentlich ein ganzes Stück vorangekommen, was die Eigenkapitalausstattung anbelangt. Aber ob jemals der Kongress der Vereinig-

ten Staaten von Amerika „Basel III“ ratifizieren wird – was ich mir wünsche – steht nach den Erfahrungen mit „Basel II“ in den Sternen.

Wenn wir uns einmal anschauen, was Steueroasen auf der Welt anbelangt, so gab es in dieser Hinsicht viele Ratschläge von Herrn Issing und anderen, die uns gesagt haben: Macht eine Landkarte; schreibt auf, wo sich die Finanzmarktakteure keiner Regulierung unterwerfen. Die Bereitschaft unter den G20-Ländern, ihre eigene Landkarte vorzuzeigen und zu sagen „Wir sind ganz transparent und schaffen ein gemeinsames ‚level playing field‘, wie man heute sagt, ist aber nicht sehr weit ausgeprägt. Der Gedanke, kurzfristig noch einen Vorteil zu erreichen, überwiegt. Das ist ein dickes Brett, das zu bohren ist. Da bitte ich Sie wirklich um Mitarbeit, weil das für die Akzeptanz demokratischer Gesellschaften von entscheidender Bedeutung ist. Wenn die Menschen den Eindruck haben, dass der Mensch sozusagen im Rahmen des Wirtschaftens eine untergeordnete Rolle spielt, werden sie die Menschen für die politische Ordnung nicht gewinnen können. Deshalb sehe ich das als eine riesige und in gewisser Weise gemeinsame Aufgabe an. Das sage ich auch ganz ehrlich: Hier brauchen wir – vielleicht noch mehr als anderswo – Sachverstand, weil sich die Finanzproduktentwicklung und die Entwicklung der Finanzmärkte in einer so rasanten Art und Weise vollziehen, dass es eines großen Sachverstandes bedarf, um das Ganze hinzubekommen.

Sie gehören – das finde ich richtig – zu den Mahnern, die immer wieder sagen, dass die Europäische Zentralbank in ihrer Unabhängigkeit geschützt werden muss. Sie haben bei der Begutachtung der Gesamtlage Worte zur EZB gefunden, die mir von Haus aus verboten sind, weil sie ja unabhängig ist. Sie sind so unabhängig, dass Sie auch anderen unabhängigen Institutionen etwas sagen dürfen. Insofern ist das richtig.

Wir müssen jetzt aufpassen – das gilt für die Politik und für alle Institutionen, die einen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben –, dass wir nicht kurzfristige Erfolge zu schnell nutzen, um langfristig nicht das Richtige zu tun. Man kann sich Zeit kaufen. Aber Zeit, die man sich kaufen kann, ist immer endlich. Sicherlich braucht man für die Überwindung mancher Schwierigkeiten Zeit. Aber die historische Erfahrung auch Ihrer 50 Jahre lehrt: Wenn man einmal gesehen hat, dass man durch das Kaufen von Zeit auch einmal eine Weile bestimmte Dinge nicht tun muss, ist die Gefahr, dass man sie dann gar nicht mehr tut, sehr groß. Das ist die eigentliche Krux. Und vielleicht ist es auch einer der Zielkonflikte bei politischer Beratung und bei politischem Handeln, dass, wenn eine Krise akut ist, das Handeln politisch leichter fällt, während der Ökonom sagt: Am besten handelt es sich doch, wenn gar keine Krise da ist. Das in einen Einklang zu bringen, wird ein Spannungsverhältnis für die nächsten 50 Jahre bleiben.

Meine Damen und Herren, Sie haben – ob von uns umgesetzt oder nicht – immer wieder wichtige Impulse gegeben. Manchmal mussten Sie warten, bis das passiert ist, was Sie schon lange als notwendig angesehen haben – z.B. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, viele Teile der Agenda 2010, Erhöhung des Renteneintrittsalters. In der Wissenschaft weiß man ja, dass man einen langen Atem haben muss. Ich weiß nicht, ob Sie bei einem kritischen Rückblick auch irgendetwas herausfinden, was auch Sie einmal nicht ganz richtig gesehen haben. Das

bleibt uns verborgen. Sie sind per Gesetz nicht verpflichtet, uns das mitzuteilen. Aber ich vermute, dass es bei der Ausarbeitung Ihrer Berichte immer eine Rolle spielt.

Wenn man sich anschaut, wie diese Berichte des Sachverständigenrates zusammengesetzt sind, bekommt man eine Ahnung davon, was an Arbeit dahintersteckt. Da gibt es die Geschäftsstelle, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neben dem, was sie hauptamtlich machen, viel Zeit dafür einsetzen. Dafür will ich einfach danke sagen, denn Sie müssen sich das von Haus aus nicht zumuten. Irgendwie scheint es trotzdem eine Ehre in der Zunft zu sein, wenn man dabei ist. Das kann und darf auch so bleiben.

Deshalb möchte ich heute insbesondere Prof. Franz ganz herzlich danken. Nach 15 Jahren als Mitglied und vier Jahren als Vorsitzender scheiden Sie zum Ende des Monats aus. Sie haben ein Stück dieser 50-jährigen Geschichte mitgeschrieben; 15 Jahre sind ja knapp ein Drittel der Zeit. Sie haben damit auch einen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland im Augenblick – ich weiß, dass das eine Momentaufnahme ist – nicht so schlecht dasteht. Ganz gewiss haben die Mahnungen und Vorschläge des Sachverständigenrates dazu auch ein bisschen beigetragen.

Wir dürfen immer wieder neue Vertreter begrüßen. Herr Prof. Wieland hat seinen Sachverstand schon eindrucksvoll bei der Zentralbank und der EU-Kommission unter Beweis gestellt. Ich freue mich, dass wir Sie für den Sachverständigenrat gewinnen konnten. Ich wünsche viel Erfolg.

Frau Prof. Buch, wenn man hier so in den Raum schaut, würde ich einmal sagen: Bis zur 100-Jahrfeier müsste sich das Geschlechterverhältnis doch ausgeglichen haben, auch ohne, dass wir eine Quote beim Sachverständigenrat einführen wollen. Wir freuen uns natürlich, dass nach Frau Prof. Weder di Mauro Frau Prof. Buch dabei ist. Herr Bofinger, Herr Feld, Herr Schmidt – ich danke allen ganz herzlich und wünsche, dass Sie uns weiter guten Mutes Rat geben und nicht einfach Ratgeber, sondern Begutachter einer hoffentlich guten Sache sind.

Herzlichen Dank. Eine schöne Geburtstagsfeier, alles Gute und viel Kraft.